

Wirtschaftswachstum durch Aussiedler

Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft bestätigt Entlastung der Rentenversicherung

Bonn. Der Zuzug von Aussiedlern bringt für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ein zusätzliches Wachstum von mehreren hundert Milliarden Deutsche Mark und entlastet in hohem Maß die Kranken- und Rentenversicherung bis in das nächste Jahrhundert hinein. Mit diesen Feststellungen aus einem Ende September veröffentlichten wissenschaftlichen Gutachten hat der Sprecher der Bundesregierung, Bundesminister Hans Klein, endgültig die „Stammtischparolen“ von einer angeblich unzumutbaren Belastung durch die Neubürger aus Ost- und Südosteuropa widerlegt. Klein stellte auf einer Pressekonferenz in Bonn das umfangreiche Gutachten, das von seinem Haus beim renommierten Institut der deutschen Wirtschaft in Auftrag gegeben worden war, vor, und betonte erneut: „Die deutschen Aussiedler sind uns willkommen und sie sind ein großer und vielfältiger Gewinn für unser Land und für uns alle.“ Dies könne jetzt mit genauen Daten belegt werden.

Wie Bundesminister Klein vor den Bonner Journalisten betonte, komme die Untersuchung – mit dem Titel „Die Integration deutscher Aussiedler – Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland“ – zu überraschend positiven Ergebnissen. Zum Beispiel im Bezug auf

- eine Verjüngung der Altersstruktur unserer Bevölkerung,
- einen – wenigstens teilweisen – Ausgleich des bei uns herrschenden Arbeitskräftemangels,
- dauerhafte und nachhaltige Nachfrage-, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse in zahlreichen Wirtschaftsbereichen, die den günstigen Konjunkturverlauf zu verlängern vermögen,
- eine gravierende Entlastung der Kranken- und Rentenversicherung bis weit in das nächste Jahrhundert hinein, schließlich
- zusätzliche Steuereinnahmen, die die Lasten der Eingliederung immer stärker übersteigen.

Eine Modellrechnung zeigt, daß eine Zuwanderung von 2 Millionen Personen bis zum Jahre 2000 unserer Volkswirtschaft zusätzliche Impulse gibt:

- Das reale Bruttosozialprodukt wird im Jahre 2000 um rd. 84 Mrd. DM höher liegen als ohne Aussiedlerzuwanderung.
- Wegen des konzentrierten Zustroms von Aussiedlern in den nächsten Jahren wird schon Ende 1993 ein zusätzliches reales Sozialprodukt von rd. 60 Mrd. DM erreicht.
- In den Jahren 1989/1993 entsteht ein Konjunkturprogramm in der Größenordnung von mehr als 100 Mrd. DM infolge der gestiegenen Nachfrage nach Konsumgütern, Dienstleistungen und Wohnungsbauten.
- Allein im Zeitraum 1989 bis 1993 ergibt sich ein zusätzliches Arbeitnehmerinkommen von 120 Mrd. DM.
- Die Wachstumseffekte der Aussiedlerintegration führen von 1989 bis 2000 zu Steuermehereinnahmen der Gebietskörperschaften in Höhe von 252 Mrd. DM.

Würden bis zum Jahr 2000 jedoch alle in den Aussiedlungsgebieten lebenden Deutschen, also 3,5 Millionen Menschen zu uns kommen – was allerdings unwahrscheinlich ist – so lägen die Margen noch wesentlich höher.

Grundsätze der Aussiedlerpolitik

Auf der Pressekonferenz erläuterte Bundesminister Klein noch einmal die Grundsätze der Bonner Aussiedlerpolitik und führte dabei aus: „Die Zahl der deutschen Aussiedler hat seit 1987 in nicht voraussehbarer Weise zugenommen. Waren es im Jahre 1987 noch 78 500, so sind 1988 bereits über 202 000 zu uns gekommen. In diesem Jahr haben wir bis heute mit über 235 000 Aussiedlern bereits mehr aufgenommen, als im gesamten Jahr 1988.“

Ziel der Politik dieser Bundesregierung ist es nicht, daß alle Deutschen in den Aussiedlungsgebieten zu uns kommen. Ziel unserer Politik ist vielmehr, vor allem auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Deutschen und auf die Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in den Aussiedlungsgebieten hinzuwirken, damit sich nicht Hunderttausende bedrängt fühlen müssen und ihre angestammte Heimat verlassen wollen. Dieses Ziel verfolgen wir beharrlich und haben dabei 1987 einen Durchbruch erzielt: In einem Abkommen mit Ungarn hat erstmals ein Staat des Warschauer Paktes die Rechte einer deutschen Minderheit anerkannt.

Wir streben an, auch die Lage der Deutschen in den übrigen Staaten Südost- und Osteuropas zu verbessern. Wie schwierig dies ist, sehen Sie an dem Urteil des Wojwodschaftsgerichts in Oppeln, das erst vor ein paar Monaten dem „Deutschen Freundschaftskreis“ in Schlesien die Anerkennung als deutscher Kulturverband verweigert hat.

Bei den Gesprächen des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Gorbatschow im Juni ging es auch darum, für die in der Sowjetunion lebenden Deutschen substantielle Verbesserungen zu erreichen.

Allerdings müssen wir für die nächste Zeit – auch bei guten Verhandlungsergebnissen mit dem Osten – von einem hohen Aussiedlerzugang ausgehen. Denn der Wunsch vieler Deutscher im Osten, endlich mit uns in Freiheit zu leben, ist ungebrochen stark.

Die Bundesregierung ist für die weitere Aufnahme von Aussiedlern gerüstet; ein wirksames Instrumentarium für ihre Eingliederung steht bereit.“

Eine Zusammenfassung und Auszüge aus dem Text des Aussiedler-Gutachtens veröffentlichen wir in einem gesonderten Beitrag auf Seite 7.

Wie viele Landsleute sich diesen Artikel wohl ausgeschnitten haben, um ihn jederzeit zitieren zu können?